

Riesaer Tageblatt

Drahtanschrift
Tageblatt Riesa,
Fernaus Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsgerichtsbehörde beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa behördlichste Blatt.

Postgeschäftsstelle
Dresden 1580.
Girokonto:
Riesa Nr. 52.

Nr. 58.

Dienstag, 10. März 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Aufschluss. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wöchen wird nicht übernommen. Grundpreis für bis 89 mm breite, 3 mm hohe Grünschrift, Seite (6 Seiten) 25 Gold-Pfennige; bis 89 mm breite Postkarte 100 Gold-Pfennige; Zeittaubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Abdruck erlaubt, wenn der Vertrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurrenz steht. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichtlängere Unterhaltungsbeläge bezahlbarer Abdruck erlaubt, wenn der Vertrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurrenz steht. Zeichner an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Förderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.



Der Verteidiger des deutschen Wehrstaats, Reichswehrminister Graener, der die Befreiung seines Staates im Haushaltsschluss des Reichstages am 9. März mit einer längeren hochpolitischen Rede einleitete.

10 Jahre deutsches Studentenwerk.

Die frühere Wirtschaftshilfe der deutschen Studentenschaft wandelte sich vor fast 10 Jahren in das Deutsche Studentenwerk e. V. Aus Anlass seines zehnjährigen Bestehens fand zur Förderung der sozialen Ideen, von denen dieses Werk getragen ist, eine große Kundgebung im Reichstag statt, an der hohe und höchste Reichsbeamte sich beteiligten, der Reichspräsident persönlich eine Rede hielt und Reichspräsident von Hindenburg mit einem Manifest aufwartete. Es ist schade, dass diese Kundgebung in der Öffentlichkeit nicht die Beachtung fand, die sie unter allen Umständen verdient. Besonders die Kanzlerrede ist nahezu überall nicht so beachtet und besprochen worden, wie es die nationalen Interessen unseres Volkes erheissen.

Wie gründlich haben sich doch die Zeiten geändert. Damals, als die *aura academia* uns umwirte, mit welcher feierlichen Unbesümmerheit schmeierten wir das Lied in die Welt: "Student sein, wenn die Weilchen blühen, das erste Lied die Lerche singt." Und heute? Wie so manches Mal rast uns im Studierzimmer ein wohlberührter Schmöker, das *Commissbuch*, zu: "Nimm vom stäbigen Gestelle, wieder einmal mich herab, bin ein lustiger Geselle, doch hier ist ein stilles Grab." Mehr als 90 Prozent aller Studenten, die vor dem Weltkriege unsere deutschen Hochschulen besuchten, haben diese oder ähnliche Stimmen, wenn sie an ihre Studententage zurückdenken. Ihre Erinnerungen haben aber seit einem guten halben Menschenalter einen bitteren Beigeschmack erhalten.

Die *aura academia* hat sich gründlich geändert. Der Weltkrieg, die Inflationsjahre, die Auswirkungen der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise und die dadurch bedingten sozialen und wirtschaftlichen Umwidlungen haben eine akademische Atmosphäre geschaffen, von der die alten Studenten, die um die Jahrhundertwende Deutschlands hohe Schulen besuchten, wahnsinnig keine Ahnung hatten. Auch jene, die sich bemühten, in der Nachkriegszeit mit ihrem akademischen Nachwuchs in Bildung zu bleiben, dürften erstaunt sein, aus der Kanzlerrede vom letzten Sonntag zu erfahren, was das Deutsche Studentenwerk während der letzten zehn Jahre für untere Studenten, die Werksstudenten, praktisch getan hat.

In den Jahren der Inflation strömten Tausende und Bemühende deutsche Studenten — man zählte 1923 mehr als 60 000 — als Werksstudenten für Monate in alle deutschen Betriebe. Es gibt sicher keine deutschen Betriebe, keine Fabrik, keinen Schacht, keinen Ueberhaupter, kein Dorf, der nicht solche Werksstudenten habe. Um ihnen zu helfen, hat das Deutsche Studentenwerk an allen deutschen Hochschulen dienstbereite Gruppen von Professoren, Studenten und Freunden ihrer Arbeit geschaffen, die Studentenküchen, Arbeitsvermittlungsdienste, Darlehnsstellen, Fürsorgestellen und alle Einrichtungen ins Leben riefen, die den Werksstudenten das Fortkommen erleichtern sollten. Die Darlehnslasse des Deutschen Studentenwerks hat heute schon 12 Millionen Mark an junge Studenten ausgeliehen. Von den 24 000 Darlehensnehmern bezahlen 90 Prozent regelmäßig ihre Sätze. Die Studien-Stiftung des deutschen Volkes, die im Jahre 1924 geschaffen wurde, sucht 150—200 herausragenden, mittellosen Abiturienten das Studium zu sichern. Von den 1500 Studenten, die bisher durch diese Stiftung betreut wurden, sind 18 Prozent Arbeiterkinder, gegenüber 2 Prozent Arbeitersöhnen in der Gesamtstudentenschaft. Fallen wir zusammen, dann können wir nur mit höchster Bewunderung und verbindlichstem Dank vernichten, dass mehr als 30 Millionen Mark aus inländischen

Osthilfegesetz im Reichsrat angenommen.

v. Berlin. In der öffentlichen Sitzung des Reichsrats am Montag wurde unter dem Vorsitz des Reichsministers Trebitsch das Osthilfegesetz beraten und mit den dazugehörigen Gesetzvorschlägen zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung und zur Abwicklung der Ausbringungsumlage und Neugestaltung der Industrieobligationsbank angenommen.

Die Annahme geschah "mit Stimmenmehrheit", wie der technische Ausdruck Seiner Majestät lautet, wenn kein einstimmiges Votum erzielt, aber die Mehrheit so groß ist, dass auf eine namenlose Abstimmung verzichtet wird.

Die bairische Regierung hat ihre Wünsche auf Einbeziehung der bayrischen Ostgrenze in die Osthilfe bei der Ausschusseratung nicht durchsetzen können, aber die Reichsregierung hat erklärt, dass sie die erteilte Ermächtigung, Hilfmaßnahmen auch in anderen Gebieten durchzuführen, auch angrenzen der bayrischen Ostgrenze und der an die Tschechoslowakei grenzenden tschechischen Gebiete wahrnehmen will. Mit Rücksicht auf diese Erklärung stellte Bayern seine Bedenken zurück und stimmte der Vorlage zu.

Ablehnende Erklärungen kamen im Reichsrat lediglich von den bei der Osthilfe nächstbeteiligten Provinzen Ostpreußen und Brandenburg. Für Ostpreußen erklärte Freiherr v. Gaal, die Vorlage sei angesichts der furchtbaren Notlage nicht ausreichend, er wolle aber auch nicht dagegen stimmen und werde sich deshalb der Stimme enthalten. Der Vertreter der Provinz Brandenburg, v. Knoblauch, erklärte, die Vorlage erfülle die Wünsche Brandenburgs nur unvollkommen, darum könne er ihr nicht stimmen. Diese Erklärungen riefen bei den übrigen Reichsratsmitgliedern eine gewisse Erregung hervor, die bei den sonst so nüchternen Reichsratsverhandlungen selten zu beobachten ist.

Der Gesandte Rebhuhn von Bremen beantragte, die Abstimmung zu vertagen, denn seine Regierung müsse zu

der Frage Stellung nehmen, ob man allen Reichsgebieten die großen Opfer für die Osthilfe zumuten könne, wenn die nächstbeteiligten Provinzen die Vorlage doch als unvollkommen ablehnen.

In ähnlichem Sinne sprach sich auch der Vertreter der preußischen Regierung, Staatssekretär Dr. Weissmann, aus, aber er bat, von der Vertagung der Abstimmung absiechen, weil sonst die Osthilfe vor der Öffentlicheit des Reichstages vielleicht gar nicht verabschiedet werden könnte.

Nachdem noch der braunschweigische Gesandte v. Boden seinem Bremer Kollegen ausgestimmt und Reichsminister Trebitsch bestätigt hatte, dass die Reichsregierung bei den Opfern für den bedrängten Osten bis zur äußersten Grenze der finanziellen Leistungsfähigkeit gegangen sei, wurde die Annahme des Osthilfegesetzes mit den dazugehörigen Vorlagen mit Stimmenmehrheit festgestellt.

Der Reichsrat genehmigte weiter das internationale Abkommen über Wirtschaftsstatistik, den Schiffssicherheitsvertrag von London 1929 und verschiedene kleinere Gesetze und Verordnungen.

v. Dresden. Das Ostfeld steht bekanntlich die Einschließung des gesamten Gebietes östlich der Elbe, also auch des sächsischen Landesteils, in die landwirtschaftliche Entwicklungsbaktion vor. Im Hinblick auf den Antrag Bayerns, das bayerische östliche Grenzgebiet als eine wirtschaftlich und kulturell bedrohte Grenzzone anzuerkennen und in die Osthilfe einzubeziehen, gab der sächsische Gesandte Dr. Granauner eine Erklärung ab, in der er betonte, dass aus den gleichen Gründen auch die Gebiete an der sächsisch-tschechischen Grenze in die Osthilfe einbezogen werden müssten. Der Antrag Bayerns wurde vom Reichsrat abgelehnt.

Die Reichsregierung und die Deutschnationalen.

v. Berlin. Der Reichstagabgeordnete Dr. Hugenberg hat am Sonntag in Lemgo eine Rede gehalten, in der er u. a. von einem unverantwortlichen Beeinflussungsmittel spricht, dass der Reichsminister Schiele gemacht habe, indem er den Rücktritt des Reichspräsidenten für den Fall angekündigt habe, wenn die Deutschnationalen nicht seinerzeit im Juli 1930 den Antrag auf Auflösung der damaligen Notverordnung des Reichspräsidenten zu Fall bringen würden.

Über den damaligen Vertrag läuft der Reichsminister Schiele mit Ermächtigung des Reichspräsidenten folgendes erklären:

Der Herr Reichspräsident hat im Juli 1930 vor der Abstimmung über die Auflösung der Notverordnung sich in einer Unterhaltung mit mir (Schiele) dahin geäußert, dass er, falls im Reichstag der Antrag auf Auflösung der Notverordnung und zwar mit den Stimmen der Deutschnationalen beschlossen würde, nur zwei Möglichkeiten sehe, entweder selbst von seinem Amt zurückzutreten oder den Reichstag aufzulösen. Der Herr Reichspräsident ermächtigte mich ausdrücklich, dies den Herren der Deutschnationalen Fraktion mitzuteilen und hinzuzufügen, dass er angeblich der gegen eine derzeitige Neuwahl des Reichstages bestehenden Bedenken ernstlich den Gedanken seines Rücktrittes erwäge, falls der Reichstag die vom Reichspräsidenten im Interesse des Landes erlassenen lebenswichtigen Verordnungen aufhebe.

Auf die weitere Bemerkung in der Rede von Dr. Hugenberg, dass der "Hannoversche Kurier" wahrheitswidrig behauptet habe, dass die Regierung Brüllau in Auswertung der Wahl vertuscht habe, die Grundlage der Regierung noch rechts zu erweitern, wird von unterrichteter Stelle erklart, dass der Hannoversche Kurier der Wahrheit gemäß berichtet habe, und es wird weiter über die damaligen Vorgänge mitgeteilt, dass am 8. Oktober der Reichskanzler die Deutschnationalen Herren Dr. Oberlohr und v. Winterfeldt und am 5. Oktober die nationalsozialistischen Herren Hitler, Dr. Greif und Göring empfangen habe. Schon vor diesen Tagen nämlich am 2. Oktober, ist über den Bergang der damals schwelenden Verhandlungen zwischen der Regierung und den Parteien berichtet worden, dass sich die Bevölkerung in der Form abgesetzt haben dürften, dass der Reichskanzler den Parteien sein Programm über die Finanzen und den Wirtschaftsplan offiziell unterbreite und die Parteivertreter gezeigt habe, ob sie auf Grund dieses Programms

mit Mitarbeit mit der Regierung bereit seien zu leben, worauf die Parteivertreter erwidert haben dürften, dass sie sich erst mit ihren Fraktionen besprechen müssten.

Der Abg. Dr. Hugenberg hat dann in seiner Rede eine Reihe bestimmter Fragen an die Reichsregierung gerichtet. Zu der Frage, ob das neue Osthilfegesetz die Auflagen des Reichspräsidenten für Rettung der Landwirtschaft erfülle, wird aufzuklären, dass die Antwort des Reichspräsidenten vom 28. Februar auf den Brief des Abg. Boge erinnert, worin es heißt: "Durch die in den letzten Tagen verschiedenste Gesetzvorschläge wird dem Osten eine durchkreisende und alsbalde Hilfe gebracht, und an meiner Wirkung hierbei hat es nicht gefehlt und wird es auch künftig nicht fehlen."

Auf die Frage des Abg. Dr. Hugenberg, ob das Hollernäpfelungsgesetz der Landwirtschaft dienen könne, wenn die Regierung auch den Hollernäpfel niedersetzen dürfe, wird die Gegenfrage gestellt, wie man wohl bei den unabsehbaren Verhältnissen des Weltmarktes die Landwirtschaft mit Söhnen schützen könne, wenn man nicht ein solches Ermächtigungsgesetz habe. Das Russen-Dumping der letzten Zeit zeige ja, dass man der Sache nur Herr werden könne, wenn man sofort ohne den langwierigen technischen Apparat mit Hollernäpfelungen herauskommen könne. Die Regierung müsse in der Sache bleiben, die Söhne herauzaufen.

Eine deutchnationale Erwiderung.

* Berlin. Die deutchnationale Pressestelle teilt mit: "Viele amtliche Stellen versuchen durch gewundene Erklärungen die von Dr. Hugenberg am Sonntag in Lemgo erhobenen Vorwürfe wahrheitswidrigen Verhaltens abzuweichen. Diese Versuche sind nur getrost, die von Dr. Hugenberg vertretenen Auffassungen zu führen. Soweit sie sich auf die Frage einer Regierungserweiterung nach rechts beziehen, wird ihre Haltlosigkeit durch die soeben veröffentlichten Erklärungen der Herren Dr. Hugenberg, Oberlohr und von Winterfeldt bewiesen. Soweit die amtlichen Darstellungen dazu dienen sollen, Neuerungen des Ministers Schiele zu entschuldigen, wird ihre Ungefährlichkeit sich aus der angekündigten Stellungnahme zur Politik des Ministers Schiele ergeben."

und fremden Quellen während der letzten zehn Jahre für die Förderung der Begabten und Tüchtigen Verwendung fanden.

Heute steht das Deutsche Studentenwerk vor der ungeheuer schwierigen Aufgabe, einmal die Not zu lindern und plausibel die Begabten zu fördern, zum anderen aber gegen die Überfüllung und für eine vernünftige Begrenzung des Hochschulstudiums zu kämpfen. Die Überfüllung aller Berufe macht eine normale Bewertung bestandener Prüfungen höchst ungewiss. Der Unsicherheits-

faktor im Studentenleben war nie größer als heute. Deshalb auch die Sorge, die Unruhe und der Radikalismus in unserer Studentenschaft. Die agitatorischen Ausschreitungen und die politische Verbiegung, die bald an dieser Universität erscheinen, wollen nicht mehr zur Ruhe kommen. Jeder, der tiefer in das Studentenleben hineinzusehen vermag, wird diese Erscheinung begreifen. Willigen kann er sie niemals. Er wird erst recht dem Ruf nach einer Diktatur gegenüber sich ablehnend verhalten müssen.